

Pressemitteilung

Berlin/ Düsseldorf, 19. September 2023

Finanznot der Krankenhäuser gefährdet die Patientenversorgung

Die Weigerung von Minister Lauterbach, den Krankenhäusern einen Finanzausgleich für die durch Inflation und anstehende Tarifierhöhung stark gestiegenen Betriebskosten zu gewähren, führt zu einer bedrohlichen finanziellen Schiefelage der Häuser. In einer aktuellen Mitgliederbefragung des Verbandes leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte (VLK) geben über 50 Prozent an, dass das Krankenhaus, an dem Sie beschäftigt sind, mit starken Defiziten bis hin zur Insolvenz zu kämpfen hat. Sie sehen die Patientenversorgung akut gefährdet.

Die Zahl ist eindeutig: 84 Prozent der teilnehmenden Chef- und Oberärztinnen und -ärzte geben an, dass die Patientenversorgung an den Krankenhäusern durch den fehlenden Finanzausgleich für die gestiegenen Betriebskosten gefährdet ist. Es ergibt sich ein Bild, das klar auf ein Problem in der akuten Daseinsvorsorge hinausläuft. Die angespannte Lage wirkt sich auf die konkrete Versorgung der hilfeschenden Menschen aus. Rund die Hälfte der leitenden Ärztinnen und Ärzte gibt an, dass es zu Kürzungen bei ärztlichen Stellen gekommen ist oder noch kommen soll. Das wiederum hat zur Folge, dass 57 Prozent meinen, dass die momentane ärztliche Personalsituation in ihrer Abteilung für eine gute Patientenversorgung nicht ausreicht. Die Belastung des Personals wird deutlich, wenn die Befragten zu 40 Prozent sagen, dass sie die Arbeitszeitgesetze selten bis überhaupt nicht einhalten können. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Herzinfarktforschung (IHF) in Ludwigshafen wurden über 2.000 leitende Ärztinnen und Ärzte und Oberärztinnen und -ärzte online befragt. 540 Mediziner haben sich den Fragen gestellt.

„Statt wie ständig vorzugeben, die Versorgung und die Qualität in den Krankenhäusern verbessern zu wollen, gefährdet Minister Lauterbach eben diese, indem er seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt. Man darf ihm inzwischen wohl unterstellen, dass das gezielt auf eine kalte Strukturbereinigung der Kliniklandschaft hinaus laufen soll, ganz im Gegenteil zu all seinen Beteuerungen“, erklärt PD Dr. Michael A. Weber, VLK Präsident. Ein Handeln ist dringend erforderlich, damit wir keinen Versorgungsengpass provozieren. Schon jetzt sind zahlreiche Betten in den bestehenden Kliniken wegen Personalmangel gesperrt, hier kann eine weitere Personalreduktion nur zu Versorgungsengpässen führen.

Die gemeinsame Bund-Länder-Gruppe, die zurzeit den Referentenentwurf auf Basis des Eckpunktepapiers erarbeitet, muss sich zwingend dieses essenziellen Problems annehmen. Die Patientenversorgung vor Ort darf nicht weiter gefährdet werden. Diese schwierige Gemengelage

Verband leitender
Krankenhausärztinnen
und -ärzte e.V.

Haus der Ärzteschaft
Tersteegenstr. 9
40474 Düsseldorf

Fon 0211 45 49 900
Fax 0211 45 49 929

info@vlk-online.de
www.vlk-online.de

Dependance Berlin
Robert Koch Platz 9
10115 Berlin

zwingt die Beschäftigten der Kliniken zum Protest. Der VLK unterstützt die Aktionen der Krankenhausgesellschaften am 20. September von Berlin bis Saarbrücken, denn die Situation, wie sie sich vor Ort darstellt, zwingt zum Handeln im Sinne der Versorgung der Patienten. Die Entwicklung hin zu einer chronischen Unterfinanzierung mit Mangelversorgung und endlosen Wartezeiten wie in England, muss im Keim erstickt werden. Darauf haben die Patienten und Versicherten in Deutschland einen Rechtsanspruch.

Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e.V. (VLK)
Hauptgeschäftsführer Rechtsanwalt Normann J. Schuster
Haus der Ärzteschaft
Tersteegenstraße 9, 40474 Düsseldorf
Fon 0211 45 49 90
Fax 0211 45 49 929
info@vlk-online.de

Der Verband leitender Krankenhausärztinnen und -ärzte e.V. (VLK) ist der Fachverband der leitenden Krankenhausärztinnen und -ärzte. Als ärztliche Interessenvertretung speziell für leitende Krankenhausärztinnen und -ärzte nimmt er sich sowohl bundesweit wie auch auf der Ebene seiner 16 Landesverbände der vielfältigen Anliegen seiner rund 4.000 Mitglieder an und vertritt diese zielgerichtet gegenüber Klinikträgern, Versicherungsträgern, Politik und Öffentlichkeit.